

Regierungsrat

*Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch*

Bundesamt für Justiz
Frau Cornelia Perler
Bundesrain 20
3003 Bern

27. November 2007

Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative (0.6.458 Parlamentarische Initiative; Vernehmlassungs-verfahren der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme.

Den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative und die Streichung der entsprechenden Bestimmungen in der Verfassung begrüßen wir sehr, zumal die Regelung des Verfahrens kompliziert, unübersichtlich und keineswegs bürgerfreundlich ist. Wir hatten in unserer Stellungnahme vom 8. März 2005 zum Bundesgesetz über die Einführung der allgemeinen Volksinitiative denn auch darauf hingewiesen, dass die komplexe Ausführungsgesetzgebung die Handhabung in der Praxis erheblich erschwere und der Absicht, die Volksrechte einfach, überblickbar und verständlich zu gestalten, entgegenstehe.

Den Vorschlag der Minderheit I, die Volksinitiative in der Form der allgemeinen Anregung abzuschaffen, lehnen wir ab. Dieses Instrument ist sehr einfach zu handhaben und wurde in der Vergangenheit auch mehrfach benutzt. Den Vorschlag der Minderheit II, wonach zwei Volksinitiativen, die einander rechtlich widersprechen, Volk und Ständen am gleichen Abstimmungstag unterbreitet bzw. gegenübergestellt werden können, lehnen wir aufgrund der möglichen Vollzugsschwierigkeiten ab.

Zu den Bestimmungen des Bundesbeschlusses haben wir keine Bemerkungen anzubringen.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Peter Gomm

Landammann

sig. Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber